

## **Fukushima-Gedenktag 2022**

Redebeitrag Dr.Odette Klepper, IPPNW

Im März vor 11 Jahren wurde Japan nach einem Erdbeben von einer Flutwelle heimgesucht. Am 11.3.2010 brach in den betroffenen Gebieten die Stromversorgung zusammen und die Notstromaggregate im Kraftwerk Fukushima Daichi wurden überspült. Die Kühlung versagte in drei Blöcken und es kam zu drei Kernschmelzen

Heute, elf Jahre später, leiden die Menschen in den betroffenen Gebieten immer noch an den Folgen dieses schweren Unfalls. 200.000 Menschen wurden seinerzeit umgesiedelt. 30.000 leben immer noch in Notunterkünften.

Es gibt eine sogenannte „Todeszone“ von der Größe Münchens , die wohl nie mehr besiedelt werden wird. In den umliegenden dekontaminierten Gebieten wurde die Erde abgetragen und lagert in großen Plastiksäcken über 20 Millionen auf über 100.000 Müllhalden. Eine komplette Dekontaminierung der Gegend ist jedoch nicht möglich. 70 Prozent der Präfektur Fukushima bestehen aus Bergwald,der nicht dekontaminiert werden kann. Greenpeace hat festgestellt, dass nach Regenfällen die Radioaktivität in den Flüssen Fukushimas deutlich ansteigt. Dies führt zu einer zunehmenden Kontamination des Pazifiks und zu einer Rekontamination des Landes bei Überschwemmungen.

Viele Menschen fürchten sich in die dekontaminierten Gebiete zurückzukehren. Man versucht sie zu zwingen in dem man ihnen die Streichung ihrer Unterstützung androht. Dabei sind die Strahlenwerte in manchen Gemeinden immer noch um ein Vielfaches höher als vor dem Unfall. Junge Familien versucht man anzusiedeln in dem man ihnen eine einmalige Zuwendung von zwei Millionen Yen, das sind 15.000 Euro, anbietet.

Die havarierten Reaktorblöcke müssen immer noch gekühlt werden und über eine Million Tonne verseuchtes Wasser lagert in über 1.000 Tanks. Ab 2023 soll dieses radioaktive Wasser in den Pazifik verklappt werden. Das Problem ist, dass die hochschädlichen Stoffe Strontium und Tritium sich nicht herausfiltern lassen. Die lokalen Fischer bangen um ihre Existenzgrundlage, denn wer würde wohl noch ihren Fisch kaufen? Aber ihre Proteste werden ignoriert.

All das zeigt: Atomkraft ist nicht nachhaltig und überdies gefährlich. Selbst kleine Mengen radioaktiven Materials können Krebs, Leukämie und Erbschäden verursachen und deshalb ist es für uns vollkommen unverständlich, dass die Europäische Kommission Atomkraft neben Erdgas in die grüne Taxonomie der EU aufnehmen will

Am 31.12.2021 gab es einen Paukenschlag. Nachts um halb elf, kurz vor dem Jahreswechsel, mitten in der hochakuten Pandemiewelle von Omikron, verkündete die Europäische Kommission mit Ursula von der Leyen und Franz Timmermanns an ihrer Spitze diese Entscheidung. Das europäische

Parlament wurde nicht konsultiert und viele Abgeordnete erreichte die Info erst nach der Silvesternacht am Neujahrstag.

Der Unfallhergang von Fukushima verdeutlicht, welche Gefahr für die Ukraine und Europa von den 15 Atomkraftwerken des Landes ausgeht. Es müssen nicht mal massive gezielte Bombenangriffe auf AKW sein, bei Zerstörung des Stromnetzes könnte ein Ausfall von Kühlmöglichkeiten zu einer Kernschmelze führen mit verheerenden Folgen für die Menschen vor Ort und ernsten Folgen für Europa.

Die Menschen reagieren auf diese erschreckende Erkenntnis, indem sie Jodtabletten kaufen. Die Apotheken sind leer gekauft und der Hersteller kommt mit der Produktion nicht nach. Mit Jod kann man allenfalls dem Schilddrüsenkrebs vorbeugen. Anderen Krebsarten bedingt durch andere radioaktive Isotope kann man nur verhindern, indem man der Freisetzung von Radioaktivität vorbeugt. Die beste Methode dazu ist die Abschaffung der Atomkraftwerke.

Statt Jodtabletten zu kaufen, welche im übrigen deutlich höher dosiert sein müssen als die Jodetten zur Kropfprophylaxe, sorgen Sie dafür, dass Atomkraft in Europa keine Zukunft hat. Das Europäische Parlament kann sich in den nächsten Monaten gegen den Vorschlag der EU-Kommission positionieren und die Aufnahme von Atomkraft in die grüne Taxonomie der EU ablehnen. Zur Ablehnung des Vorschlags bedarf es einer einfachen Mehrheit von Abgeordneten. Viele Abgeordnete sind empört über das undemokratische Vorgehen der Kommission.

Wir, Sie und ich, haben also eine Chance, indem wir unsere EU-Abgeordneten kontaktieren und sie bitten, gegen die Entscheidung der Kommission zu stimmen. Ein anderes Problem liegt mir noch am Herzen: Die neue Verteidigungsministerin Christine Lambrecht prüft zur Zeit, welche zertifizierten Kampfflugzeuge zum Transport von US-Atombomben für eine Ablösung der Tornado-Jets in Frage kommen. Eine Entscheidung soll möglichst noch in diesem Monat fallen. Damit wäre der Weg frei für eine Fortführung der „nuklearen Teilhabe“ mit modernen, lenkbaren US-Atombomben. Dies kommt einer Aufrüstung gleich, konterkariert den Atomwaffensperrvertrag und ist eindeutig das falsche Signal in der derzeitigen aufgeheizten Stimmung.

Die unmissverständlichen Drohungen Putins zeigen, wie schnell Atombomben in der Befehlsgewalt von skrupellosen Machthabern Europa an den Rand des Abgrundes bringen können. Die Welt braucht einen weltweiten Atomwaffenverbotsvertrag und Deutschland sollte sich mit aller Kraft dafür einsetzen.

Die IPPNW lehnt die Anschaffung von Atombomben ab. Tun Sie es auch.